



Landeshauptstadt Hannover
Trammplatz 2
30159 Hannover



Gegen Empfangsbekanntnis

Bearbeitet von:
Herrn Thunich

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
32.21 – 10005/088 N

Durchwahl Nr. (05 11) 1 20-
4733

Hannover
02.01.2018

**Beschluss des Stadtbezirksrats Linden-Limmer über die Benennung des Halim-Dener-Platzes;
- Beanstandung -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 08.06.2017 hat mir der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover berichtet, dass der Stadtbezirksrat Linden-Limmer in seiner Sitzung am 07.06.2017 mehrheitlich die Benennung eines Platzes im Stadtbezirk zwischen Velvet- und Pfarrlandstraße südlich der Wilhelm-Bluhm-Straße in Hannover als „Halim-Dener-Platz“ beschlossen sowie die Landeshauptstadt um die Anbringung einer Legendentafel mit einem konkreten Hinweistext zu der geehrten Persönlichkeit gebeten hat. Der Oberbürgermeister hält diesen Beschluss für rechtswidrig. Nach Auswertung der mir zu diesem Beschluss vorgelegten Unterlagen und der vorgenommenen Anhörung ergeht folgende Entscheidung:

1. Der Beschluss des Stadtbezirksrates Linden-Limmer vom 07.06.2017, einen Platz im Stadtbezirk zwischen Velvet- und Pfarrlandstraße südlich der Wilhelm-Bluhm-Straße in Hannover „Halim-Dener-Platz“ zu nennen, wird gemäß § 88 Abs. 1 Satz 6 i.V.m. § 173 Abs. 1 Satz 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beanstandet.
2. Die sofortige Vollziehung der Beanstandung wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet.



Begründung zu 1.:

I.

Der Beschluss des Stadtbezirksrates Linden-Limmer vom 07.06.2017 ist rechtswidrig.

Gemäß § 93 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 3 NKomVG entscheidet der Stadtbezirksrat über die Benennung von Plätzen, die ausschließlich in dem Stadtbezirk gelegen sind. Er hat dabei die Belange der gesamten Gemeinde zu beachten. Es ist unstrittig, dass die bisher namenlose Freifläche zwischen Velvet- und Pfarrlandstraße südlich der Wilhelm-Bluhm-Straße ausschließlich im Stadtbezirk Linden-Limmer liegt, so dass die Zuständigkeit des Stadtbezirksrats Linden-Limmer für eine Benennung dieses Platzes gegeben ist.

Allerdings hat der Stadtbezirksrat Linden-Limmer bei seiner Entscheidung die Belange der gesamten Landeshauptstadt Hannover zunächst nicht und später zumindest nicht ausreichend beachtet. Dabei handelt es sich um eine konkrete Rechtspflicht. Das bedeutet, dass der Stadtbezirksrat seine Aufgabe so wahrzunehmen hat, dass die einheitliche Verwaltung der Stadt in Bezug auf die Pflichten gegenüber allen Bürgern und Einwohnern und in Bezug auf überbezirkliche und gesamtstädtische Notwendigkeiten nicht beeinträchtigt oder gefährdet wird (vgl. Smollich in KVR-NKomVG, § 93, Rn. 3). Dass derartige Belange vom Stadtbezirksrat Linden-Limmer bei seiner Entscheidung (ausreichend) berücksichtigt worden sind, lässt sich den Beschlüssen vom 10.05.2017 und 07.06.2017 nicht entnehmen. Es dürfte vielmehr davon auszugehen sein, dass erst nach den rechtlichen Hinweisen des Verwaltungsausschusses in der Beschlussdrucksache Nr. 1283/2017 und des Oberbürgermeisters in seinem Einspruch nach § 88 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 Satz 2 NKomVG vom 17.05.2017 Ausführungen, die eine Beachtung der Gesamtbelange der Landeshauptstadt belegen sollen, in dem so beschlossenen Änderungsantrag vom 07.06.2017 (Drucksache Nr. 15-1615/2017) nachgeschoben worden sind. Die dort gemachten Äußerungen überzeugen jedoch nicht. Es wird darin pauschal behauptet, dass der Inhalt des Antrags vor Beschlussfassung des Stadtbezirksrats hinsichtlich der Belange der gesamten Stadt überprüft worden sei und gesamtstädtische Belange dementsprechend berücksichtigt worden seien. Der Stadtbezirksrat hat jedoch nicht erkennen lassen, dass er sich mit den Argumenten, die insbesondere vom Oberbürgermeister in seinem Einspruch vom 17.05.2017 vorgetragen worden sind, auseinandergesetzt bzw. diese bewertet hat. Auch in der Sitzung am 07.06.2017 ist dies ausweislich des Protokolls zu der o.g. Sitzung nicht bzw. allenfalls unzureichend erfolgt. In dem Änderungsantrag wurde als einziges Argument dafür, dass keine reale Gefährdung für das Stadtwohl festgestellt werden könne, auf den Verfassungsschutzbericht verwiesen, wonach in den letzten drei Jahren nur ein Vorfall gelistet worden sei. Die Art des Vorfalls und welchen Bezug

er zu welchen gesamtstädtischen Belangen hat, bleibt unklar, zumal sich der Antrag des Stadtbezirksrats zuvor mit der Anerkennung migrantischer Geschichte in Hannover und der Aufarbeitung des Todes Halim Deners befasst. Erst in der Stellungnahme des Stadtbezirksrats Linden-Limmer vom 23.08.2017 zur Anhörung wird vorgetragen, dass der Entscheidung eine mehrjährige, stadtweit geführte Diskussion vorausgegangen sei, in der alle Interessierten Gelegenheit gehabt hätten, sich sowohl im eigenen als auch im übergeordneten Interesse der Stadt einzubringen. So hätten z.B. nach dem Neujahrsempfang der Stadt im Januar 2017 mehrere Treffen und Absprachen zwischen den Fraktionen und Mitgliedern des Bezirksrats stattgefunden, die sich für eine Platzbenennung stark machten. Am 23.03.2017 hätten dann die Fraktionen und Ratsmitglieder gemeinsam mit der Kampagne „Halim Dener“ und einem Unterstützerkreis von Gewerbetreibenden, Kulturschaffenden und sozialen Initiativen die Idee der Benennung des Platzes der Öffentlichkeit vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund habe der Stadtbezirksrat eine Berücksichtigung der Belange der gesamten Stadt vorgenommen und die einzelnen Aspekte abgewogen.

Gleichwohl hat der Stadtbezirksrat die Gesamtbelange der Landeshauptstadt bei seiner Entscheidung entgegen dieser Annahme nicht ausreichend beachtet. Der Oberbürgermeister hat sowohl in seinem Einspruch vom 17.05.2017 als auch in seinem Bericht vom 08.06.2017 ausführlich eine Reihe von Sachverhalten vorgetragen, die verdeutlichen, dass der Beschluss des Stadtbezirksrats Linden-Limmer nicht mit den Belangen der gesamten Stadt vereinbar ist.

Nach seiner Darstellung wird von der Landeshauptstadt in Bezug auf die Entwicklungen in der Türkei zur Sicherstellung des friedlichen Zusammenlebens der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppen in Hannover strikte Neutralität gewahrt. Die Landeshauptstadt hat sich in diesem Zusammenhang Leitlinien gegeben und diese auch stets kommuniziert. Hiernach werde die Landeshauptstadt keine Maßnahmen ergreifen, die auf Konfrontation oder einseitige Parteilichkeit gerichtet sind, sondern auf allen Ebenen den dialogischen Weg suchen. Neutralität in diesem Sinne bedeute weder inaktiv zu sein noch sich jeder kritischen oder positiven Haltung zu enthalten. Vielmehr müsse es allen gesellschaftlichen Gruppen möglich sein, sich sowohl positiv als auch kritisch mit einem komplexen Thema auseinanderzusetzen und dies in einem angemessenen Verhältnis zu tun. Einseitige Polarisierung oder die Instrumentalisierung von Personen, Plätzen oder Begebenheiten gefährdeten hingegen den sozialen Frieden.

Die Wahrung der strikten Neutralität kam zuletzt auch am 17.03.2017 zum Ausdruck, als der Auftritt des stellvertretenden Vorsitzenden der türkischen AKP, Mehmet Mehdi Eker, mit dem dieser in Hannover für die Zustimmung zum türkischen Verfassungsreferendum werben wollte, verhindert wurde.

Mit der Benennung des Halim-Dener-Platzes wird gegen diese neutrale Haltung der Landeshauptstadt Hannover verstoßen.

Vom Oberbürgermeister wird ausgeführt, dass es ein Konfliktpotential unter den in Hannover lebenden türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gebe, die teils kurdischstämmiger Herkunft sind, das sich auch in der Person des Halim Dener widerspiegelt. Halim Dener sei kurdischer Herkunft und ist bei seiner Verhaftung, als er Plakate für die Nationale Befreiungsfront Kurdistans geklebt habe, ums Leben gekommen. Halim Dener werde insofern von den PKK-Anhängern als Märtyrer des Widerstands, von türkischen Organisationen als Mitglied einer Terrororganisation angesehen. Vor diesem Hintergrund komme es alljährlich aus Anlass des Todestages Halim Deners im Stadtgebiet zu Versammlungen und Gegenkundgebungen mit konfliktträchtigen Spannungen zwischen diesen Gruppierungen. Der Beschluss des Stadtbezirksrats zur Ehrung des Halim Dener erweckt den Anschein hoheitlicher Parteinahme der Landeshauptstadt Hannover in dem geschilderten Konflikt zugunsten einer Seite.

In der Stellungnahme des Stadtbezirksrats vom 23.08.2017 wird ausgeführt, dass die Landeshauptstadt Hannover nur vorgebe, eine neutrale Haltung einzunehmen, tatsächlich aber nicht neutral sei. Zur Begründung werden Beispiele genannt, die als Einmischung oder gar klare Positionierung der Landeshauptstadt in dem beschriebenen Konflikt der beiden Bevölkerungsgruppen verstanden werden könnten. Zunächst wird hierbei auf die angestrebte Städtepartnerschaft mit der Stadt Diyarbakir im kurdischen Südosten der Türkei verwiesen. Auch wenn die Frage der Städtepartnerschaft wegen der Verhaftung der beiden Kobürgermeister derzeit ausgesetzt sei, habe sich die Landeshauptstadt mit dem Thema befasst und bedeutsame Entscheidungen getroffen, die auf eine Parteinahme hinwiesen. Hierzu ist festzuhalten, dass nach Aussage der Landeshauptstadt Hannover nicht nur ein Prüfauftrag für eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Diyarbakir, sondern auch für die Stadt Konya erteilt worden sei. Die Landeshauptstadt habe damit den kulturellen Hintergrund der größten Zuwanderungsgruppe Hannovers würdigen wollen, indem man Städte aus den Gebieten der zahlenmäßig größten Bevölkerungsgruppen des Vielvölkerstaates Türkei ausgewählt habe: Konya als eher traditionell geprägte Stadt und Diyarbakir aus dem Gebiet Südostanatoliens mit einem hohen Anteil von kurdisch-stämmigen türkischen Staatsangehörigen. Auch in Hannover stellten diese beiden Bevölkerungsgruppen den zahlenmäßig größten Anteil.

Entgegen der in der Stellungnahme des Stadtbezirksrats vertretenen Auffassung verdeutlicht dieses Verfahren um das Eingehen der Städtepartnerschaften gerade die neutrale Haltung der Landeshauptstadt.

Ferner wird die Äußerung des Oberbürgermeisters, der im Zusammenhang mit der Absage des Auftritts von Mehmet Mehdi Eker gesagt haben soll, dass „wir eine solche Veranstaltung in Hannover nicht haben wollen“, vom Stadtbezirksrat als Positionierung in „innertürkischen“ Konflikten angesehen.

Davon kann jedoch nicht ausgegangen werden. Bei verständiger Würdigung des Satzes wird darin vielmehr die neutrale Haltung der Landeshauptstadt Hannover erkennbar, die durch einen Auftritt von Mehmet Mehdi Eker gefährdet wäre.

Zudem wird in der Stellungnahme des Stadtbezirksrats darauf hingewiesen, dass die Landeshauptstadt Hannover dem türkischen Generalkonsul am 31.10.2016 das Foyer des Neuen Rathauses für einen Empfang anlässlich des türkischen Nationalfeiertags zur Verfügung gestellt habe. Der Empfang habe trotz der kurz zuvor erfolgten Verhaftung der Kobürgermeister von Diyarbakir stattgefunden und sei „mit der Symbolkraft des Rathauses als Ort der Begegnung von Kulturen und Nationen“ begründet worden. Eine ähnliche Argumentation werde vom Oberbürgermeister bei der Platzbenennung hingegen als unzulässige Parteinahme angesehen. Die Landeshauptstadt Hannover hebt hervor, dass sie sich mit ihrer Beteiligung am Empfang anlässlich des türkischen Nationalfeiertags im Neuen Rathaus im Jahr 2016 oder auch im HCC im Jahr 2017 an die türkischstämmige Bevölkerung gerichtet habe und dies ein Zeichen des Respekts gegenüber der Herkunft vieler Hannoveranerinnen und Hannoveraner sei. Eine Parteinahme der Landeshauptstadt zugunsten der Regierungspolitik der Republik Türkei gehe damit nicht einher. Dies wird auch durch die mir vorliegende Ansprache des Oberbürgermeisters aus Anlass des 94. Jahrestags der Proklamation der Republik Türkei am 30.10.2017 bestätigt, in der er die neutrale Haltung der Landeshauptstadt hervorhebt und auf das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppen eingeht. Im Übrigen achte die Landeshauptstadt darauf, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, sich mit der Republik Türkei in ihrer Gesamtheit auseinanderzusetzen. Dazu gehörten neben dem Türkischen Nationalfeiertag z.B. die Deutsch-Türkischen Kulturtage oder Bildungsveranstaltungen genauso wie Veranstaltungsformate für kurdische Mitbürgerinnen und Mitbürger bzw. Interessierte der kurdischen Kultur gleich welcher Nationalität. In der Stellungnahme des Stadtbezirksrats wird verkannt, dass in der Herkunftskultur etablierte jährliche Feiertage, wie der türkische Nationalfeiertag oder das kurdische Neujahrsfest Newroz, ebenso wie Bildungsveranstaltungen oder Kulturtage insofern nicht mit der personenbezogenen Benennung eines Platzes gleichzusetzen sind, die zudem auf Dauer ausgerichtet ist.

Aus dem in der Stellungnahme des Stadtbezirksrats geschilderten Prozess der Entscheidungsfindung innerhalb des Stadtbezirksrats und der anschließenden Beteiligung der Öffentlichkeit geht nicht hervor, dass hierbei die Gesamtbelange der Landeshauptstadt ausreichend berücksichtigt worden sind.

Soweit in diesem Zusammenhang ausgeführt wird, dass der damalige Finanz- und Ordnungsdezernent Dr. Marc Hansmann am 30.06.2015, dem 21. Todestag Halim Deners, an einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Umgang mit dem Gedenken an Halim Dener teilgenommen habe, wird anhand des vorgetragenen Inhalts der Diskussion, den Möglichkeiten und Schwierigkeiten des würdevollen Gedenkens und konkret eines Gedenkortes, deutlich, dass ein Gedenkort, wie bspw. ein Platz, der nach Halim Dener benannt wird, nicht ohne weiteres mit den Belangen der Landeshauptstadt Hannover vereinbar ist. Dass Herr Dr. Hansmann den Vorschlag aus dem Publikum aufgegriffen habe, eine dokumentarische Ausstellung im Neuen Rathaus zum 22. Todestag Halim Deners in der Stadtverwaltung zu thematisieren, oder später Herr Oberbürgermeister Schostok eine Dokumentation von einer „Kommission“ habe erarbeiten lassen wollen, steht dem nicht entgegen. In einer Dokumentation oder dokumentarischen Ausstellung werden alle Aspekte um die Person Halim Dener aufgegriffen und dargestellt, so dass sich jeder Nutzer anhand der Informationen ein eigenes Bild machen und eine eigene Bewertung vornehmen kann. Mit der Benennung des Platzes würden hingegen einseitig Tatsachen geschaffen, die nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit der Person Halim Dener schließen lassen und abzielen, sondern vielmehr den Eindruck einer Polarisierung oder gar Parteilichkeit hervorrufen können. Vor diesem Hintergrund ist auch die in der Stellungnahme des Stadtbezirksrats beschriebene unverzügliche Entfernung des während der Kampagne auf dem Steintorplatz am 25./26.09.2016 angebrachten Gedenksteins zu sehen.

Auch die aus der Sicht des Stadtbezirksrats unzureichende Reaktion der Landeshauptstadt auf die Kampagne „Halim Dener“ vermag den Beschluss des Stadtbezirksrats nicht zu rechtfertigen.

Zu berücksichtigen ist zudem, dass sich der geschilderte Konflikt um die Person Halim Dener nicht nur auf die türkischen Bevölkerungsgruppen begrenzt. Für die Anhänger der linksextremen Szene stellt Halim Dener ein Symbol für die ihrer Ansicht nach unrechtmäßige Anwendung von Polizeigewalt dar. Die Benennung eines „Halim-Dener-Platzes“ ist damit geeignet, sowohl PKK-nahen Kurden als auch Anhängern der linksextremen Szene eine symbolträchtige Örtlichkeit zu eröffnen.

In Deutschland wurde die PKK wegen der Gefährdung sowohl der öffentlichen Sicherheit als auch auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland am 22.11.1993 durch den Bundesminister des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt, das seit dem 26.03.1994 bestandskräftig ist. Darüber hinaus wurde die PKK auf Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 02.04.2004 in die Liste

terroristischer Organisationen der EU aufgenommen. Der Beschluss des Stadtbezirksrats ist somit auch geeignet, in der öffentlichen Außenwirkung den Eindruck zu erwecken, die Landeshauptstadt Hannover identifiziere sich mit den Überzeugungen, Ideen und politischen Zielen Halim Deners und ergreife Partei zugunsten der Ziele der PKK. Dies kann insofern auch zu einer Assoziierung der Landeshauptstadt Hannover mit den Zielen einer terroristischen Vereinigung führen, die im Widerspruch zu den für die Gesamtrechtsordnung wesentlichen Gesetzen steht.

II.

Es wird nicht verkannt, dass die Aufsicht nach § 170 Abs. 1 Satz 3 NKomVG so gehandhabt werden soll, dass Entschlusskraft und Verantwortungsfreude der Kommune nicht beeinträchtigt werden. Der vorliegende Rechtsverstoß gegen § 93 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 3 NKomVG ist jedoch offenkundig und nicht unerheblich. Deshalb kann auch im Rahmen des Opportunitätsprinzips von einer Beanstandung nach § 173 NKomVG nicht abgesehen werden. Berücksichtigt habe ich dabei auch, dass das Verfassungsgebot der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung gemäß Art. 57 Abs. 5 i. V. m. Art. 2 Abs. 2 NV es nahezu unumgänglich macht, bei eindeutigen Rechtsverstößen tätig zu werden. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist bei dem kommunalaufsichtlichen Eingriff gewahrt. Insbesondere ist kein milderes Mittel als die Beanstandung ersichtlich, das die Benennung des Platzes verhindern könnte.

Wie in der Stellungnahme des Stadtbezirksrats zutreffend vorgetragen, hat der Gesetzgeber mit der Neufassung des NKomVG im Jahr 2011 das Ziel gehabt, die ehrenamtliche Tätigkeit zu fördern. Ein Aspekt war dabei, die Orts- und Stadtbezirksräte, die zu einem festen Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung in Niedersachsen geworden sind, zu stärken. Zu diesem Zweck hat er die Entscheidungszuständigkeiten der Orts- und Stadtbezirksräte erweitert. Hierzu gehört auch die Benennung und Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen, die nur für die Ortschaft oder den Stadtbezirks von Bedeutung sind. Trotz alledem kann der Orts- oder Stadtbezirksrat seine Entscheidung nicht völlig schrankenlos treffen. Bereits vor Inkrafttreten des NKomVG hatte er schon die Belange der gesamten Gemeinde zu beachten (§ 55c Abs. 1 Satz 1 und § 55g Abs. 1 Satz 2 NGO).

Begründung zu 2.:

Die sofortige Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO wird angeordnet, da es im öffentlichen Interesse nicht hingenommen werden kann, dass im Falle der Klageerhebung und der dadurch eintretenden aufschiebenden Wirkung ein offenkundig rechtswidriger Stadtbezirksratsbeschluss vollzogen wird. Durch ein ggf. mehrjähriges Gerichtsverfahren würden die Belange der gesamten Landeshauptstadt Hannover im Hinblick auf die mit der beabsichtigten Benennung des Platzes verbundenen oben


beschriebenen zu erwartenden negativen Auswirkungen unzumutbar und unwiderruflich beeinträchtigt. Mit der Platzbenennung würde eine Verletzung der insoweit bisher von der Landeshauptstadt Hannover gewährten strikten Neutralität einhergehen, die später nicht mehr rückgängig gemacht werden könnte.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Erlass kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Hannover, Leonhardtstraße 15, 30175 Hannover, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage



Böhre